



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Sichtbar werden!

**Erstes österreichisches Treffen von
Selbstorganisationen
armutsgefährdeter und -betroffener
Frauen und Männer**

21.-23. April 2006

Wien

Mehr Respekt!

**Mehr Information!
Garantierte Mindestsicherung!
Zugang zu sozialen Dienstleistungen!
Bessere Arbeitsmarktpolitik!
Mehr Ressourcen zur Selbstorganisation!**

Forderungen

erarbeitet von den TeilnehmerInnen des Treffens:
VertreterInnen von Arbeitsloseninitiativen, AlleinerzieherInnengruppen,
Migrantinnenorganisationen, Selbsthilfegruppen- und Organisationen von Menschen mit
psychischen Erkrankungen, Menschen mit Behinderungen,
MitarbeiterInnen von Straßenzeitungen u.a.

ArbeitslosensprecherIn
Österreich

ARGE
MigrantInnenberatung
Österreich

Autonome Österreichische
Frauenhäuser

ASB Schuldnerberatungen
GmbH

St. Virgil Salzburg

Bundesarbeitsgemeinscha
ft Wohnungslosenhilfe

Bundsdachverband für
Soziale Unternehmen

Caritas Österreich

Dachverband berufliche
Integration

Diakonie Österreich

Europäisches Zentrum für
Wohlfahrtspolitik
und Sozialforschung

Evangelische Akademie
Wien

Forum Kirche und
Arbeitswelt

Katholische Aktion der
Erzdiözese Wien

Katholischer
Familienverband
Österreichs

Katholische
Frauenbewegung
Österreichs

Katholische
Sozialakademie
Österreichs

Kolping Österreich

Netzwerk Österreichischer
Frauen- und
Mädchenberatungsstellen

Neustart,
Bewährungshilfe,
Konfliktregelung und
soziale Arbeit

Österreichische
HochschülerInnenschaft

Österreichische Plattform
für Alleinerziehende

Österreichischer
Berufsverband der
SozialarbeiterInnen

Österreichischer
Gewerkschaftsbund/
Frauenabteilung

pro mente austria

Sachwalterschaft,
Patientenanwaltschaft &
Bewohnervertretung

SOS Mitmensch

Volkshilfe Österreich

Wiener Hilfswerk

Regionale
Armutsnetzwerke

- Salzburg
- Oberösterreich
- Kärnten

Mehr Respekt!

- Armutsbetroffene Frauen und Männer wollen kein Mitleid!
Wir fordern vielmehr: Mehr Respekt!
- Wir sind Anspruchsberechtigte keine Bittsteller!
- Wir beanspruchen das Recht auf Eigenvertretung auf allen Ebenen
(regionale, nationale und auch EU-Ebene)
- Kein Rassismus!

Mehr Information!

- Um unsere Rechte und Ansprüche zu kennen, besser durchsetzen bzw. deren Verbesserung fordern zu können, brauchen wir mehr Information – in verschiedenen Sprachen – zu:
 - + sozialen Leistungen und Ansprüchen
 - + gesetzlichen Regelungen
 - + AusländerInnengesetzen
 - + Durchsetzung sozialer Rechte
 - + zu Fragen und Regelungen rund um Kinder- und Jugendliche (gleich bei Geburt)
- Wir fordern mehr Aufklärung, mehr Informationen, Kampagnen zu/gegen Diskriminierung.
- Es braucht mehr Präventionsangebote
Diese kommen auf Dauer auch billiger!

Garantierte Mindestsicherung!

Verbesserung der Einkommenssituation

Die Vermeidung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist ohne Zugang zu Einkommensressourcen nicht möglich.

Zur Verbesserung der Einkommenssituation und im Sinne einer garantierten Mindestsicherung fordern wir u.a.:

- Einführung eines Grundeinkommens
- Mietbeihilfe von mind. 300 Euro (angepasst an die Preise am Wohnungsmarkt)
- Schuldenerlass für BezieherInnen von Mindesteinkommen unter dem Existenzminimum



DIE ARMUTSKONFERENZ.

- Garantierter Unterhalt für alle Kinder
- 3 Jahre Karenzgeld auch für AlleinerzieherInnen
- Änderungen in der Pensionsregelung zum Abbau der Diskriminierung von Frauen mit Kinderbetreuungspflichten.
Kinderbetreuungszeiten der Kinder sind bis zum 15. Lebensjahr zu berücksichtigen

Bessere soziale Dienstleistungen!

Armutsbekämpfung und –vermeidung braucht den garantierten Zugang aller zu qualitativvollen sozialen Dienstleistungen und Gütern.

Wir fordern:

- Gleichstellung beim Zugang zu sozialen Rechten für alle!
Keine Diskriminierung von MigrantInnen!
- Freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Gleiche Krankenbehandlung für alle (e-card)
- Gesundes Essen (in Sozialprojekten, Heimen, bei Gratis-Essensausgaben ...)
- Mehr Geld für Beratungseinrichtungen
- EINE klare Anlaufstelle für Sozialleistungen (One-Desk-Prinzip):
Abschaffung des Ämterdschungels - mehr Transparenz
- EINE zentrale unabhängige (weisungsungebunden) Beschwerdestelle für Proteste bei Verweigerung v. Rechten, Diskriminierung etc.

Bessere Arbeitsmarktpolitik!

Nur qualitätvolle und freiwillige Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik wirken auch armutsbekämpfend. Mitbestimmung der Maßnahmen durch die Betroffenen und selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten für einer langfristigen Perspektive – über die Kurs- oder Jobvermittlung hinaus – sind unerlässlich.

Als Beiträge dazu fordern wir:

- Gründung einer Arbeitslosen-anwaltschaft (regional und/oder bundesweit)
- „Aktion 1000“: Freie Wahl von Kursen in der Erwachsenenbildung statt AMS-Zwangskursen

- Seminare von arbeitslosen Frauen, organisiert von ihnen selbst zur Stärkung von Selbstbewusstsein, österreichweit
- Recht auf Arbeit unter Berücksichtigung der Kinderbetreuungspflicht
- Kinderbetreuung gratis für alle!
- Mehr Pflegeurlaub
- Vereinfachung von Nostrifikationen & besserer Zugang zu Ausbildungen für MigrantInnen

Mehr Ressourcen für Selbstorganisation!

Politische Partizipation braucht das Recht auf Eigenvertretung und Ressourcen für Selbstorganisation.

Um unsere Anliegen als Menschen mit Armutserfahrungen effektiver vertreten und durchsetzen zu können, fordern wir u.a.:

- Infrastrukturmittel und finanzielle Ressourcen für Selbsthilfegruppen, -organisationen und Vereine
- Finanzielle Mittel für Weiterbildung (Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation)
- Kurse für Moderation und Management
- Ressourcen für Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit (Einrichtung von Pressestellen etc.)
- Kostenlose Bereitstellung von Hilfsmitteln für die Öffentlichkeitsarbeit
- Ressourcen und Unterstützung für politische Arbeit
- Ressourcen für ein Unterstützungsprojekt für jugendliche Arbeitslose zu deren Selbstorganisation
- Finanzierung von Austauschmöglichkeiten zwischen den betroffenen Gruppen (Strategien, Erfahrungen, ...)
- Möglichkeit zum Ausleihen von Geräten, Materialien etc.